



<b>Inhaltsverzeichnis</b>	<b>Seite</b>
Nachtragswirtschaftssatzung 2016	3
Nachtragswirtschaftsplan 2016	5
Anlagenübersicht	11

Aus rechnerischen Gründen können in den Tabellen Rundungsdifferenzen in Höhe von +/- einer Einheit (T€, % usw.) auftreten.

## WIRTSCHAFTSSATZUNG

**der IHK für München und Oberbayern  
für den Nachtrag zum Wirtschaftsplan  
für das Geschäftsjahr 2016 (01.01.2016 - 31.12.2016)**

Die Vollversammlung der IHK für München und Oberbayern hat am 07.12.2016 gemäß den §§ 3 und 4 des Gesetzes zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern (IHKG) vom 18.12.1956 (BGBl. I S. 920), zuletzt geändert durch Artikel 254 der Zehnten Zuständigkeitsanpassungsverordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) und der derzeit gültigen Beitragsordnung folgenden Nachtrag zur Wirtschaftssatzung zur Feststellung des Wirtschaftsplans für das Geschäftsjahr 2016 (01.01.2016 - 31.12.2016) beschlossen. Diese Wirtschaftssatzung tritt nach Veröffentlichung in Kraft.

### Nachtragswirtschaftsplan

Der Wirtschaftsplan wird durch Nachtrag wie folgt festgelegt:

1. In der Plan GuV	
von der Summe der Erträge in Höhe von	74.508.000 EUR
mit der Summe der Erträge um	2.600.000 EUR
auf	77.108.000 EUR
von der Summe der Aufwendungen in Höhe von	95.608.000 EUR
mit der Summe der Aufwendungen um	2.300.000 EUR
auf	97.908.000 EUR
von der Summe der Rücklagenveränderung in Höhe von	2.800.000 EUR
mit der Summe der Rücklagenveränderungen um	- 8.074.000 EUR
auf	- 5.274.000 EUR
von dem Verlustausgleich aus dem Gewinnvortrag in Höhe von	23.900.000 EUR
mit dem Verlustausgleich aus dem Gewinnvortrag um	4.934.000 EUR
auf	28.834.000 EUR
2. Im Finanzplan	
von der Summe der Investitionsauszahlungen in Höhe von	-17.810.000 EUR
mit der Summe der Investitionsauszahlungen um	9.657.000 EUR
(Positionen 11., 13. und 15.)	
auf	- 8.153.000 EUR

Im Übrigen bleiben die Festsetzungen der von der Vollversammlung am 08.12.2015 beschlossenen Wirtschaftssatzung 2016 unverändert.

München, den 7. Dezember 2016

**IHK für München und Oberbayern**

**Präsident**

**Hauptgeschäftsführer**

**Dr. Eberhard Sasse**

**Peter Driessen**

## Nachtrag zum Wirtschaftsplan 2016

### Grundlagen für die Aufstellung des Wirtschaftsplans

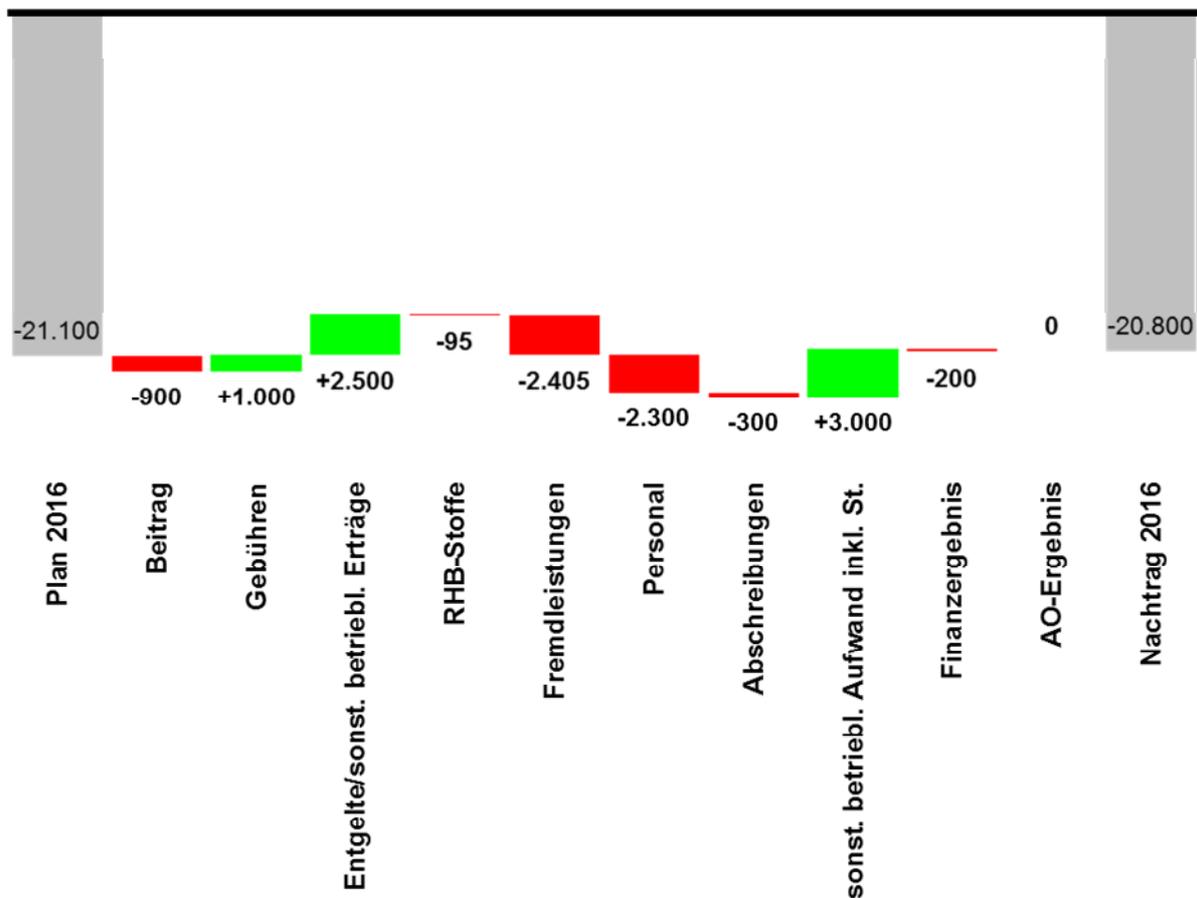
Der Nachtrag zum Wirtschaftsplan für die IHK für München und Oberbayern für das Jahr 2016 wurde am 11.11.2016 im Haushaltsbeirat und am 15.11.2016 im Präsidium beraten sowie der Vollversammlung am 07.12.2016 zur Beschlussfassung vorgelegt.

Ausgehend von der Hochrechnung 2016 führt der Nachtrag zum Wirtschaftsplan des Jahres 2016 im Ergebnis zu einer Verringerung des Jahresfehlbetrags um 300 T€ auf 20.800 T€.

Plan-Hochrechnung-Vergleich in T€	2015 IST (nachrichtlich)	2016 Plan (08.12.2015)	2016 Nachtrag ergebniswirksam	2016 Plan inkl. Nachtrag
Erträge aus IHK-Beiträgen	59.035	51.600	-900	50.700
Erträge aus Gebühren	10.910	11.000	1.000	12.000
Erträge aus Entgelten	5.249	5.000	0	5.000
Sonstige betriebliche Erträge	7.791	6.500	2.500	9.000
<b>Betriebserträge</b>	<b>82.985</b>	<b>74.100</b>	<b>2.600</b>	<b>76.700</b>
Materialaufwand	14.695	13.500	-2.500	16.000
Personalaufwand	37.290	38.000	-2.300	40.300
Abschreibungen	3.111	2.500	-300	2.800
Sonstige betriebliche Aufwendungen	31.915	40.500	3.000	37.500
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>87.011</b>	<b>94.500</b>	<b>-2.100</b>	<b>96.600</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-4.025</b>	<b>-20.400</b>	<b>500</b>	<b>-19.900</b>
Finanzergebnis	-503	-600	-200	-800
<b>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>-4.529</b>	<b>-21.000</b>	<b>300</b>	<b>-20.700</b>
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0
Steuern	115	100	0	100
<b>Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag</b>	<b>-4.644</b>	<b>-21.100</b>	<b>300</b>	<b>-20.800</b>
Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	13.223	23.900	4.934	28.834
Entnahmen aus den Rücklagen	20.255	777	6.078	6.855
Einstellungen in Rücklagen	0	3.577	1.996	1.581
Rücklagenveränderung	20.255	-2.800	8.074	5.274
<b>Bilanzgewinn / Bilanzverlust</b>	<b>28.834</b>	<b>0</b>	<b>13.308</b>	<b>13.308</b>

Die Veränderungen ergeben sich wie folgt:

**Veränderungen Hochrechnung 2016 gegenüber Planung 2016 in T€**  
(+ = Ergebnisverbesserung, - = Ergebnisverminderung)



### Betriebserträge 2016

Es ist damit zu rechnen, dass sich die **Beitragserträge** nur um 900 T€ geringer darstellen als geplant (Planabweichung -1,7 Prozent).

Bei den **Gebühren** im Bereich Weiterbildungs- und Fortbildungsprüfungen sowie Sach- und Fachkundeprüfungen wird ein Anstieg von 2.976 T€ auf 4.576 T€ erwartet. Für sonstige Gebühren werden Rückgänge prognostiziert. Insgesamt wird mit einem Anstieg der Gebührenerträge um 1.000 T€ auf 12.000 T€ gerechnet.

Die **Entgelte** aus Verkaufserlösen, Seminaren und Veranstaltungen werden sich voraussichtlich planmäßig entwickeln.

Die **Sonstigen betrieblichen Erträge** steigen gegenüber der Planung 2016 deutlich an. Die Erträge aus öffentlichen Zuwendungen für Berufs- und Weiterbildungsprojekte (z.B. Integrationspakt für Flüchtlinge, Ausbildungsscouts) dürften 1.000 T€ über Plan liegen bzw. waren nicht planbar. Die Sonstigen betrieblichen Erträge übertreffen die Erwartungen voraussichtlich um 1.500 T€. Versicherungsentschädigungen (Brandschaden in der Orleansstraße + 1.000 T€) und Auflösung von Rückstellungen (+ 500 T€) wegen der gesetzlichen Änderung zur Feststellung des Rechnungszinses bei Pensionsrückstellungen übertreffen die Planansätze bzw. waren nicht geplant.

### **Betriebsaufwand 2016**

Die **Aufwandsseite** wird durch Mehraufwendungen bei Material- (+ 2.500 T€) und Personalaufwand (+ 2.300 T€) sowie Abschreibungen (+ 300 T€) und vermindertem sonstigen betrieblichen Aufwand (- 3.000 T€) bestimmt. Beim Personalaufwand stehen Zuwächse bei Aufwendungen für Altersversorgung (+ 2.500 T€) durch Veränderungen der Bewertungsgrundsätze (Anwendung modifizierter Sterbetafeln) geringeren direkten Gehaltskosten (- 200 T€) gegenüber. Die geringeren Sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind im Wesentlichen auf Minderaufwendungen für Beratungsleistungen und Projekte (z.B. Integration von Flüchtlingen in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt) zurückzuführen.

### **Finanzergebnis 2016**

Der Rückgang im **Finanzergebnis** ist hauptsächlich durch den steigenden Zinsaufwand aus der Aufzinsung der Pensionsrückstellungen verursacht.

### **Jahresfehlbetrag (Ausgleich) 2016**

Der erwartete Jahresfehlbetrag 2016 beträgt 20.800 T€. Er wird über den Ergebnisvortrag in Höhe von 28.834 T€ gedeckt. Positiv wirken die Entnahmen aus zweckgebundenen Rücklagen für Instandhaltung für die Standorte Orleansstraße und Westerham von 3.200 T€ bzw. 3.655 T€, insgesamt 6.855 T€. Für die geplante Sanierung der Flachdächer und die Modernisierung des Restaurantbereichs in Westerham können noch keine Kostenschätzungen von Externen vorgelegt werden, weshalb die Instandhaltungsrücklage zunächst aufgelöst wird. Der Instandhaltungsrücklage für den Standort Orleansstraße werden 1.581 T€ zugeführt. Der prognostizierte Bilanzgewinn in Höhe von 13.308 T€ wird zum Ausgleich des Jahresfehlbetrags 2017 auf neue Rechnung vorgetragen.

Der Stand der **Rücklagen** wird zum 31.12.2016 folgende Werte bzw. Relationen erreichen:

Stand: 31.12.	2014 IST	2015 IST	2016 Nachtrag
<b>Ausgleichsrücklage</b>	<b>32.582</b>	<b>32.582</b>	<b>32.582</b>
in % des geplanten Betriebsaufwands	36,5%	34,1%	33,3%
Zuführung lfd. Jahr	0	0	0
Entnahmen lfd. Jahr	0	0	0
Summe	0	0	0

<b>Finanzierungsrücklagen</b>			
<b>- Max-Joseph-Str.</b>	<b>66.430</b>	<b>66.430</b>	<b>66.430</b>
Zuführung lfd. Jahr	0	0	0
Entnahmen lfd. Jahr	-917	0	0
Summe	-917	0	0
<b>- neues Bildungszentrum</b>	<b>11.320</b>	<b>11.320</b>	<b>11.320</b>
Zuführung lfd. Jahr	0	0	0
Entnahme lfd. Jahr	0	0	0
Summe	0	0	0
<b>- neue Geschäftsstellen (IN, RO)</b>	<b>23.982</b>	<b>8.682</b>	<b>8.682</b>
Zuführung lfd. Jahr	0	0	0
Entnahme lfd. Jahr	0	-15.300	0
Summe	0	-15.300	0

<b>Instandhaltungsrücklagen</b>			
<b>- Orleansstr.</b>	<b>4.763</b>	<b>3.451</b>	<b>1.832</b>
Zuführung lfd. Jahr	0	0	1.581
Entnahmen lfd. Jahr	-843	-1.312	-3.200
Summe	-843	-1.312	-1.619
<b>- Westerham</b>	<b>3.672</b>	<b>3.655</b>	<b>0</b>
Zuführung lfd. Jahr	0	0	0
Entnahmen lfd. Jahr	-132	-17	-3.655
Summe	-132	-17	-3.655
<b>- Geschäftsstelle Weilheim</b>	<b>1.381</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
Zuführung lfd. Jahr	0	0	0
Entnahmen lfd. Jahr	-219	-1.381	0
Summe	-219	-1.381	0

<b>Rücklage</b>			
<b>- Regionalisierung bis 2015</b>	<b>2.245</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

### **Ausgleichsrücklage**

Die Ausgleichsrücklage ist zum Ausgleich aller ergebniswirksamen Schwankungen vorgesehen. Sie ist laut § 15a Nr. 2 Satz 2 Finanzstatut zu bilden und kann in ihrer Höhe bis zu 50 Prozent der geplanten Aufwendungen betragen. Sie soll 30 Prozent nicht unterschreiten.

Das Bundesverwaltungsgericht fordert in seiner Entscheidung vom 09.12.2015 bei der Bemessung der Rücklagen das Gebot der Haushaltswahrheit einzuhalten. Dies beinhaltet u.a. die Pflicht zur Schätzgenauigkeit (sachgerechte und vertretbare Prognose) und fordert für die Ausgleichsrücklage eine Unterlegung durch eine Risikoprognose. Die Berechnungsbasis ist verständlich und nachvollziehbar darzustellen. Hierzu hat eine Expertenkommission beim DIHK einen Muster-Risikokatalog entwickelt und ein von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PwC zertifiziertes Standardmodell für die Zusammenfassung der bewerteten Risiken zur Verfügung gestellt.

Unter Berücksichtigung der gegebenen Rahmenbedingungen und zu erwartenden Risiken wird für 2016 eine Schadenssumme für die Ausgleichsrücklage in Höhe von 43.244 T€ berechnet, die in 95 Prozent aller Stichproben (10.000 Durchläufe) nicht überschritten wird. Die IHK München verzichtet bewusst auf eine vollständige Abdeckung der Risiken auf die berechnete Größe. Unter Berücksichtigung des zu erwartenden Standes zum 31.12.2016 von 32.582 T€ ergibt sich ein Abdeckungsgrad von 75,3 Prozent.

Das Verfahren zur Risikobewertung, der Risikokatalog, die Berechnungsgrundlagen und das Risikoausmaß der einzelnen Risikofelder sowie die aggregierten Schadenssummen sind in der Anlage 10 dargestellt.

### **Andere Rücklagen**

Als Konsequenz der aktuellen Rechtsprechung zur Rücklagenbildung bei IHKs werden Finanzierungs- und Instandhaltungsrücklagen ab 2016 nur noch in dem Umfang gebildet, in dem Maßnahmen durch Kostenschätzungen externer Sachverständiger bzw. Architekten unterlegt sind.

### **Finanzierungsrücklagen**

Diese zweckgebundenen Rücklagen wurden für die Finanzierung der Generalsanierung des IHK-Stammhauses Max-Joseph-Straße, die Finanzierung des Grundstückserwerbs für ein neues Bildungszentrum in München und für den Grundstückserwerb und den Bau neuer Geschäftsstellen in Ingolstadt und Rosenheim gebildet. Sie werden zum Bilanzstichtag 31.12.2016 mit folgenden Werten dotiert sein:

- |  |           |
|--|-----------|
| • Max-Joseph-Straße  | 66.430 T€ |
| • Neues Bildungszentrum München  | 11.320 T€ |
| • Neue Geschäftsstellen Ingolstadt und Rosenheim<br>(verbleibender Teilbetrag Rosenheim) | 8.682 T€  |

**Max-Joseph-Straße:** Die Vollversammlung hat sich mit Beschluss vom 15.07.2015 auf Basis der geprüften Kostenberechnung des Generalplaners Anderhalten Architekten in Höhe von rund 75 Mio. € für die Fortsetzung der Generalsanierung ausgesprochen. Ende April 2016 wurden die Rohbauarbeiten gestartet. Nach Fertigstellung der Generalsanierung in 2018 werden ab 2019 der Rücklage jährliche Abschreibungswerte in Höhe von geplant 6.750 T€ entnommen (9 Prozent p.a. als erhöhte Abschreibung eines eigengenutzten Denkmals).

**Bildungszentrum München:** Die Vollversammlung hat mit Beschluss vom 01.07.2014 die Hauptgeschäftsführung beauftragt, Verhandlungen zur langfristigen Anmietung von Büro- und Seminarflächen mit dem künftigen Erwerber des Grundstücks Rosenheimer Straße 110 – 112 (ehem. Holzkontor Grombach) in der Größenordnung von bis zu 10.000 qm zu führen. Am 08.12.2015 bevollmächtigte die Vollversammlung Präsident und Hauptgeschäftsführer zum Abschluss eines Mietvertrages. Beschlussgemäß wird die vorhandene Finanzierungsrücklage Bau eines neuen Bildungszentrums in München bei Erfüllung der Bedingungen „Abschluss eines Mietvertrags“ (unterzeichnet am 11.12.2015, jedoch noch unter auflösender Bedingung einer Baugenehmigung, die bis dato nicht vorliegt) und Baustatus „Gebäude dicht“ für das Mietobjekt aufgelöst. Letzteres wird seitens des Projektentwicklers für 2018 erwartet. Die Auflösung wird deshalb in der Mittelfristplanung für 2018 berücksichtigt.

**Neue Geschäftsstellen in Ingolstadt und Rosenheim:** Die Finanzierungsrücklage Bau neuer Geschäftsstellen in Ingolstadt und Rosenheim wurde in 2015 in Höhe des Teilbetrags für Ingolstadt in Höhe von 15.300 T€ bereits aufgelöst. Die Vollversammlung hatte am 15.07.2015 den Beschluss über eine Mietlösung in Ingolstadt gefasst, nachdem ein zuvor verfolgter Grundstücksankauf und Neubau wegen einer betriebsinternen Entscheidung des privaten Grundstücksanbieters nicht zustande kam. Im Hinblick auf die neue Geschäftsstelle in Rosenheim wird gemäß Beschluss der Vollversammlung vom 18.03.2015 sowohl ein Grundstücksankauf und Neubau als auch eine alternative Mietlösung eruiert. Sollte sich die Mietlösung realisieren lassen, wird die verbleibende Rücklage in Höhe von 8.682 T€ bei Erfüllung der Bedingungen „Abschluss eines Mietvertrags“ und Baustatus „Gebäude dicht“ aufgelöst. Letzteres wird seitens des Projektentwicklers für 2018 erwartet. Die Auflösung wird deshalb in der Mittelfristplanung für 2018 berücksichtigt.

### **Instandhaltungsrücklagen**

Für die Standorte Orleansstraße und Westerham sind zweckgebundene Rücklagen für größere Instandhaltungsmaßnahmen gebildet. Nach den Entnahmen von 3.200 T€ bzw. 3.655 T€ für die Standorte Orleansstraße und Westerham und die durch sachverständige Dritte nachgewiesene Zuführung für den Standort Orleansstraße in Höhe von 1.581 T€ werden zum Bilanzstichtag 2016 für die Orleansstraße 1.832 T€ und für Westerham 0 T€ zu Buche stehen.

<b>Anlagenübersicht</b>	<b>Seite</b>
1. Bewirtschaftungsvermerke	12
2. Plan GuV	13
3. Anlage zur Plan GuV	14
4. Finanzplan	16
5. Anlage zum Finanzplan	17
6. Anlage Investitionsplanung zur Anlage zum Finanzplan	18
6a. Anlage Kosten- und Finanzierungsübersicht für das Projekt Generalsanierung Stammhaus Max-Joseph-Straße	19
7. Personalübersicht	20
8. Erläuterungen zur Plan GuV	21
9. Rücklagen	30
10. Grundlagen Risikoprognose der Ausgleichsrücklage	34

## **Bewirtschaftungsvermerke**

Der Personalaufwand und alle übrigen Aufwendungen sind mit der Ausnahme des Kontos 68661 (Präsidentenfonds) insgesamt gegenseitig deckungsfähig (§ 11 Nr. 3 Finanzstatut).

Die Investitionsauszahlungen sind insgesamt gegenseitig deckungsfähig (§ 11 Nr. 4 Finanzstatut).

Die für die Einzelinvestitionsmaßnahmen bereitgestellten Mittel werden für übertragbar erklärt.

Die für die Generalsanierung des Stammhauses Max-Joseph-Str. bereitgestellten Mittel werden für übertragbar erklärt.

Die Entnahmen aus den Instandhaltungsrücklagen erfolgen bis zur Höhe der für die jeweilige Maßnahme nachgewiesenen Aufwendungen. Dies gilt auch für Mehraufwendungen, soweit dadurch das Gesamtbudget für die Maßnahme nicht überschritten wird.

## Anlage 2

## Plan GuV

Gewinn- und Verlustrechnung (in Euro)	2015 IST (nochrichtlich)	2016 Plan (08.12.2015)	2016 Nachtrag	2016 Plan inkl. Nachtrag
1. Erträge aus IHK-Beiträgen	59.034.737	51.600.000	-900.000	50.700.000
2. Erträge aus Gebühren	10.910.057	11.000.000	1.000.000	12.000.000
3. Erträge aus Entgelten	5.249.435	5.000.000	0	5.000.000
4. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Leistungen	0	0	0	0
5. Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
6. Sonstige betriebliche Erträge	7.791.039	6.500.000	2.500.000	9.000.000
davon: Erträge aus Erstattungen	3.205.079	2.733.000	0	2.733.000
davon: Erträge aus öffentlichen Zuwendungen	877.436	252.000	1.000.000	1.252.000
davon: Erträge aus Abführung an gesonderte Wirtschaftspläne	0	0	0	0
<b>Betriebserträge</b>	<b>82.985.268</b>	<b>74.100.000</b>	<b>2.600.000</b>	<b>76.700.000</b>
7. Materialaufwand				
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren	2.479.821	2.369.000	94.900	2.463.900
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	12.214.712	11.131.000	2.405.100	13.536.100
8. Personalaufwand	37.290.044	38.000.000	2.300.000	40.300.000
a) Gehälter (inkl. Sachbezüge und Aushilfen)	27.813.779	28.811.000	-217.100	28.593.900
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	9.476.265	9.189.000	2.517.100	11.706.100
9. Abschreibungen	3.110.514	2.500.000	300.000	2.800.000
a) Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.542.735	2.500.000	300.000	2.800.000
b) Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die in der IHK übliche Abschreibungen überschreiten	1.567.779	0	0	0
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen	31.915.446	40.500.000	-3.000.000	37.500.000
davon: Zuführung an gesonderte Wirtschaftspläne	0	0	0	0
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>87.010.537</b>	<b>94.500.000</b>	<b>2.100.000</b>	<b>96.600.000</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-4.025.269</b>	<b>-20.400.000</b>	<b>500.000</b>	<b>-19.900.000</b>
11. Erträge aus Beteiligungen	0	0	0	0
12. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	600.845	360.000	0	360.000
13. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	127.325	48.000	0	48.000
davon: Erträge aus Abzinsung	4.615	0	0	0
14. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	60.000	0	60.000
15. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.231.559	948.000	200.000	1.148.000
davon: Aufwendungen aus Aufzinsung	1.230.730	948.000	185.000	1.133.000
<b>Finanzergebnis</b>	<b>-503.389</b>	<b>-600.000</b>	<b>-200.000</b>	<b>-800.000</b>
<b>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>-4.528.658</b>	<b>-21.000.000</b>	<b>300.000</b>	<b>-20.700.000</b>
16. Außerordentliche Erträge	0	0	0	0
17. Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0
<b>Außerordentliches Ergebnis</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
18. Steuern von Einkommen und vom Ertrag	9.396	3.000	0	3.000
19. Sonstige Steuern	105.626	97.000	0	97.000
20. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-4.643.680	-21.100.000	300.000	-20.800.000
21. Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	13.223.253	23.900.000	4.934.000	28.834.000
22. Entnahmen aus den Rücklagen	20.254.718	777.000	6.078.000	6.855.000
a) aus der Ausgleichsrücklage	0	0	0	0
b) aus anderen Rücklagen	20.254.718	777.000	6.078.000	6.855.000
23. Einstellungen in Rücklagen	0	3.577.000	-1.996.000	1.581.000
a) in die Ausgleichsrücklage	0	0	0	0
b) in andere Rücklagen	0	3.577.000	-1.996.000	1.581.000
24. Bilanzgewinn / Bilanzverlust	28.834.291	0	13.308.000	13.308.000

## Anlage 3

## Anlage zur Plan GuV

Gewinn- und Verlustrechnung (in Euro)	2015 IST (sachrichtlich)	2016 Plan (08.12.2015)	2016 Nachtrag	2016 Plan inkl. Nachtrag
1. Erträge aus IHK-Beträgen	59.034.737	51.600.000	-900.000	50.700.000
davon: Erträge aus IHK-Beträgen Vorjahre	24.392.578	16.100.000	2.009.000	18.109.000
davon Grundbeträge Vorjahre	2.586.034	2.600.000	-1.345.000	1.255.000
Umlagen Vorjahre	21.806.544	13.500.000	3.354.000	16.854.000
Erträge aus IHK-Beträgen laufendes Jahr	34.642.159	35.500.000	-2.909.000	32.591.000
davon: Grundbeträge laufendes Jahr	20.441.945	21.000.000	760.000	21.760.000
Umlagen laufendes Jahr	10.587.560	14.500.000	-3.669.000	10.831.000
Wertaufteilung	3.612.654	0	0	0
2. Erträge aus Gebühren	10.910.057	11.000.000	1.000.000	12.000.000
davon: Berufsausbildung	4.908.771	4.952.000	0	4.952.000
Weiterbildung	4.515.979	2.976.000	1.600.000	4.576.000
Sonstige Gebühren	1.485.307	3.072.000	-600.000	2.472.000
3. Erträge aus Entgelten	5.249.435	5.000.000	0	5.000.000
davon: Verkaufserlöse	351.231	367.000	0	367.000
Entgelte aus Seminaren, Veranstaltungen	4.233.079	4.198.000	0	4.198.000
4. Bestandsveränderungen	0	0	0	0
5. Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
6. Sonstige betriebliche Erträge	7.791.039	6.500.000	2.500.000	9.000.000
davon: Erträge aus Erstattungen	3.205.079	2.733.000	0	2.733.000
Erträge aus öffentl. Zuwendungen	877.436	252.000	1.000.000	1.252.000
Erträge aus Abführung an gesonderte Wirtschaftspläne	0	0	0	0
<b>BETRIEBSERTRÄGE</b>	<b>82.985.268</b>	<b>74.100.000</b>	<b>2.600.000</b>	<b>76.700.000</b>
7. Materialaufwand				
a) Aufwand für RHB-Stoffe	2.479.821	2.369.000	94.900	2.463.900
b) Bezogene Leistungen	12.214.712	11.131.000	2.405.100	13.536.100
davon: Fremdleistungen	10.055.717	9.059.000	1.936.200	10.995.200
davon: Honorare Dozenten	2.568.639	2.424.000	232.200	2.656.200
Prüferentschädigung (PE)	4.067.097	3.966.000	337.200	4.303.200
8. Personalaufwand	37.290.044	38.000.000	2.300.000	40.300.000
a) Gehälter	27.813.779	28.811.000	-217.100	28.593.900
davon: Gehälter aus unbefristeten u. befristeten Arbeitsverhältnissen	27.612.472	27.390.000	115.000	27.505.000
Auszubildende	201.046	195.000	0	195.000
b) Soziale Abgaben/Aufwendungen für Altersversorgung	9.476.265	9.189.000	2.517.100	11.706.100
davon: AG-Anteil zur Sozialversicherung	4.635.350	4.563.000	141.000	4.704.000
Beihilfen und Unterstützungen	329.397	330.000	0	330.000
Renten und Hinterbliebenensvers.	0	0	0	0
Vorsorge	4.308.212	3.396.000	465.100	3.861.100
9. Abschreibungen	3.110.514	2.500.000	300.000	2.800.000
a) Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände, Anlagevermögen u. Sachanlagen	1.542.735	2.500.000	300.000	2.800.000
davon: Abschreibungen auf Gebäude u. Gebäudeeinrichtungen	266.564	312.000	-4.700	307.300
b) Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens soweit diese die in der IHK übliche Abschreibungen überschreiten	0	0	0	0
10. Sonstiger betrieblicher Aufwand	31.915.446	40.500.000	-3.000.000	37.500.000
davon: Sonstige Personalkosten	1.386.044	1.437.000	0	1.437.000
Mieten, Pachten, Erbbauzinsen u. Leasing	3.535.266	3.823.000	404.700	4.227.700
Aufw. Aufwendungen für Fremdleistungen	5.360.751	7.689.000	10.900	7.699.900
Rechts- und Beratungskosten	2.261.600	3.307.000	-801.000	2.506.000
Bürobedarf, Literatur, Telekommunikation	3.255.015	0	-1.000	3.105.000
Präsidentenfonds	37.291	51.000	0	51.000
Marketing und Öffentlichkeitsarbeit außer Präsidentenfonds	979.975	1.140.000	-4.000	1.136.000
Aufwendungen DHK	4.145.033	4.296.000	232.000	4.528.000
Zuwendungen	93.552	84.000	0	84.000
Aufwendungen für Grundstücke, Gebäude u. Geschäftsausstattung	727.537	787.000	-58.700	728.300
<b>BETRIEBSAUFWAND</b>	<b>87.010.537</b>	<b>94.500.000</b>	<b>2.100.000</b>	<b>96.600.000</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-4.025.269</b>	<b>-20.400.000</b>	<b>500.000</b>	<b>-19.900.000</b>

## Anlage 3

Gewinn- und Verlustrechnung (in Euro)	2015 IST (sachrichtlich)	2016 Pla (08.12.2015)	2016 Nachtrag	2016 Pha inkl. Nachtrag
<b>Übertrag</b>				
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-4.025.269</b>	<b>-20.400.000</b>	<b>500.000</b>	<b>-19.900.000</b>
11. Erträge aus Beteiligungen	0	0	0	0
12. Erträge aus anderen Wertpapieren	600.845	360.000	0	360.000
13. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	127.325	48.000	0	48.000
davon: Abzinsung	4.615			
FINANZERTRÄGE	728.170	408.000	0	408.000
14. Afa auf Finanzanlagen u. WP des UV	0	60.000	0	60.000
15. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.231.559	948.000	200.000	1.148.000
davon: Aufzinsung	1.230.730	948.000	185.000	1.133.000
FINANZAUFWAND	1.231.559	1.008.000	200.000	1.208.000
<b>Finanzergebnis</b>	<b>-503.389</b>	<b>-600.000</b>	<b>-200.000</b>	<b>-800.000</b>
<b>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>-4.528.658</b>	<b>-21.000.000</b>	<b>300.000</b>	<b>-20.700.000</b>
16. Außerordentliche Erträge	0	0	0	0
17. Außerordentlicher Aufwand	0	0	0	0
<b>Außerordentliches Ergebnis</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
18. Steuern von Einkommen und Ertrag	9.396	3.000	0	3.000
19. Betriebliche Steuern	105.626	97.000	0	97.000
Steueraufwendungen	115.022	100.000	0	100.000
<b>20. Jahresüberschuss (+) / Fehlbetrag (-)</b>	<b>-4.643.680</b>	<b>-21.100.000</b>	<b>300.000</b>	<b>-20.800.000</b>
21. Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	13.223.253	23.900.000	4.934.000	28.834.000
22. Entnahmen aus den Rücklagen	20.254.718	777.000	6.078.000	6.855.000
Ausgleichsrücklage	0	0	0	0
andere Rücklagen	20.254.718	777.000	6.078.000	6.855.000
23. Einstellungen in Rücklagen	0	3.577.000	-1.996.000	1.581.000
Ausgleichsrücklage	0	0	0	0
andere Rücklagen	0	3.577.000	-1.996.000	1.581.000
<b>Bilanzgewinn (+) / Bilanzverlust (-)</b>	<b>28.834.291</b>	<b>0</b>	<b>13.308.000</b>	<b>13.308.000</b>

## Finanzplan

Finanzplan	2015 IST (schrittweise)	2016 Pla	2016 Nachtrag	2016 Plan inkl. Nachtrag
<b>1. Jahresüberschuss (+) / Fehlbetrag (-) ohne außerordentliche Posten</b>	<b>-4.643.680</b>	<b>-21.100.000</b>	<b>300.000</b>	<b>-20.800.000</b>
2.a) +/- Abschreibungen (+) / Zuschreibungen (-) auf Gegenstände des Anlagevermögens	3.110.514	2.500.000	300.000	2.800.000
2.b) - Erträge aus Auflösung Sonderposten	-436.328	-432.000	0	-432.000
3. +/- Veränderung Rückstellungen / RAP	2.298.591	864.000	1.200.000	2.064.000
Bildung Passive RAP (+) / Auflösung Aktive RAP (+)	814.527	864.000	1.200.000	2.064.000
Auflösung Passive RAP (-) / Bildung Aktive RAP (-)	-352.970	0	0	0
<i>Positionen 4. - 8. entfallen im Plan</i>	-5.965.791			
<b>9. = Plan-Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit</b>	<b>-5.636.694</b>	<b>-18.168.000</b>	<b>1.800.000</b>	<b>-16.368.000</b>
10. + Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	0	0	0	0
11. - Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-6.166.933	-17.084.000	9.252.000	-7.832.000
12. + Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0
13. - Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-343.629	-226.000	-95.000	-321.000
14. + Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0
15. - Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	-500.000	500.000	0
<b>16. = Plan-Cashflow aus Investitionstätigkeit</b>	<b>-6.510.562</b>	<b>-17.810.000</b>	<b>9.657.000</b>	<b>-8.153.000</b>
17.a) + Einzahlungen aus der Aufnahme von (Finanz-)Krediten	0	0	0	0
17.b) + Einzahlungen aus erhaltenen Investitionszuschüssen	0	0	0	0
18. - Auszahlungen aus der Tilgung von (Finanz-)Krediten	0	0	0	0
<b>19. = Plan-Cashflow aus Finanzierungstätigkeit</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
20. Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes (Summe der Zeilen 9, 16 und 19)	-12.147.256	-35.978.000	11.457.000	-24.521.000
<i>Positionen 21. - 22. entfallen im Plan</i>				

## Anlage 5

## Anlage zum Finanzplan

Finanzplan (in Euro)	2015 IST (einschließlich)	2016 Plan (08.12.2015)	2016 Nachtrag	2016 Plan inkl. Nachtrag
Jahresüberschuss (+) / Fehlbetrag (-)	-2.760.250	-21.100.000	300.000	-20.800.000
- Außerordentliche Erträge	0	0	0	0
+ Außerordentlicher Aufwand	0	0	0	0
<b>1. Jahresüberschuss (+) / Fehlbetrag (-) ohne außerordentliche Posten</b>	<b>-2.760.250</b>	<b>-21.100.000</b>	<b>300.000</b>	<b>-20.800.000</b>
2.a) + Abschreibungen	1.582.084	2.500.000	300.000	2.800.000
- Werterhöhungen des AV/UV	0	0	0	0
- Zuschreibungen zu Anteilen	0	0	0	0
2.b) - Auflösung von Sonderposten	-436.328	-432.000	0	-432.000
3. Veränderung Rückstellungen / RAP	1.943.590	864.000	1.200.000	2.064.000
a) + Zuführung Rückstellungen	3.253.379	900.000	1.700.000	2.600.000
- Auflösung Rückstellungen	-1.771.345	-36.000	-500.000	-536.000
b) + Bildung Passive RAP +	63.271	0	0	0
+ Auflösung Aktive RAP +	751.256	0	0	0
- Auflösung Passive RAP -	-40.939	0	0	0
- Bildung Aktive RAP -	-312.031	0	0	0
<i>Positionen 4. - 8. entfallen im Plan</i>	<i>-5.965.792</i>			
<b>9. = Plan-Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit</b>	<b>-5.636.695</b>	<b>-18.168.000</b>	<b>1.000.000</b>	<b>-16.368.000</b>
10. + Einzahlungen aus Abgängen des Sachanlagevermögens	0	0	0	0
11. - Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-6.174.834	-17.084.000	9.252.000	-7.832.000
a) Grundstücke und Gebäude				
einzelne Maßnahmen	-5.228.995	-16.000.000	9.400.000	-6.600.000
Verpflichtungsermächtigung	0	0	0	0
pauschal veranschlagt	0	-20.000	1.000	-19.000
Teilsumme	-5.228.995	-16.020.000	9.401.000	-6.619.000
b) Technische Anlagen				
einzelne Maßnahmen	0	0	0	0
Verpflichtungsermächtigung	0	0	0	0
pauschal veranschlagt	0	0	0	0
Teilsumme	0	0	0	0
c) Betriebs- und Geschäftsausstattung				
einzelne Maßnahmen (siehe ges. Aufstellung)	-243.504	-835.000	-25.000	-860.000
Verpflichtungsermächtigung	0	0	0	0
Fahrzeuge	0	0	0	0
pauschal veranschlagt	-702.334	-229.000	-124.000	-353.000
Teilsumme	-945.838	-1.064.000	-149.000	-1.213.000
12. + Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0
13. - Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-335.728	-226.000	-95.000	-321.000
einzelne Maßnahmen	-95.200	0	0	0
pauschal veranschlagt	-240.528	-226.000	-95.000	-321.000
14. + Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0
Abgang von Anteilen	0	0	0	0
Abgang von Wertpapieren/Festgeldern	0	0	0	0
Abgang von Rückdeckungsansprüchen	0	0	0	0
Abgang von sonstigen Finanzanlagen	0	0	0	0
15. - Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	-500.000	500.000	0
Zugang von Beteiligungen	0	0	0	0
Zugang von Wertpapieren/Festgeldern	0	0	0	0
Zugang von Rückdeckungsansprüchen	0	0	0	0
Zugang von sonstigen Finanzanlagen	0	-500.000	500.000	0
<b>16. = Plan-Cashflow aus Investitionstätigkeit</b>	<b>-6.510.561</b>	<b>-17.810.000</b>	<b>9.657.000</b>	<b>-8.153.000</b>
17. + Einzahlungen aus der Aufnahme von Finanzkrediten und aus Investitionszuschüssen	0	0	0	0
a) Einzahlungen aus der Aufnahme von (Finanz-)Krediten	0	0	0	0
Investitionskredite	0	0	0	0
Kassenkredite	0	0	0	0
Teilsumme Kreditaufnahme	0	0	0	0
b) Einzahlungen aus erhaltenen Investitionszuschüssen	0	0	0	0
18. - Auszahlungen aus der Tilgung von (Finanz-)Krediten	0	0	0	0
Investitionskredite	0	0	0	0
Kassenkredite	0	0	0	0
<b>19. = Plan-Cashflow aus Finanzierungstätigkeit</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
20. Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes (Summe der Zeilen 9, 16 und 19)	-12.147.256	-35.978.000	11.457.000	-24.521.000
<i>Positionen 21. - 22. entfallen im Plan</i>				



## Kosten- und Finanzierungsübersicht Projekt Generalsanierung Stammhaus Max-Joseph-Straße

(Rechtsgrundlage: § 8 Finanzstatut i.V. mit den Richtlinien zur Ausführung des Finanzstatuts)

Baukosten (nach DIN 276)	Plankosten Gesamt in €	Voraussichtlicher Jahresbetrag <sup>2)</sup>						Position Plan-GuV	Position Finanz- /Investitionsplan
		2014	2015	2016	2017	2018	2019		
Baugrundstück	0	0	0	0	0	0	0	-	11a
Herrichten und Erschließung	103.826	0	0	100.000	0	0	0	-	11a
Bauwerk / Baukonstruktion	35.472.265	0	214.241	3.300.000	22.800.000	4.500.000	0	-	11a
Bauwerk/Technische Anlagen	11.582.663	0	0		6.500.000	2.300.000	0	-	11a
Außenanlagen	891.246	0	0	0	0	900.000	0	-	11a
Ausstattung und Kunstwerke	0	0	0	0	0	0	0	-	11a
Baunebenkosten	17.900.000	1.693.947	4.904.066	3.200.000	3.700.000	2.500.000	1.500.000	-	11a
Preissteigerung <sup>1)</sup>	2.500.000	0	0	0	0	0	0	-	11a
Unvorhergesehenes <sup>1)</sup>	6.800.000	0	0	0	0	0	0	-	11a
<b>Gesamtkosten</b>	<b>75.250.000</b>	<b>1.693.947</b>	<b>5.118.307</b>	<b>6.600.000</b>	<b>33.000.000</b>	<b>10.200.000</b>	<b>1.500.000</b>		

Zu 1) Die Positionen "Preissteigerung" und "Unvorhergesehenes" werden nicht als Mittelabfluss geplant.

Zu 2) Bei den Jahresbeträgen 2014 und 2015 handelt es sich um Istwerte. Die voraussichtlichen Jahresbeträge ab 2016 basieren auf Kostenprognosen der externen Projektsteuerung auf Basis der Vergabeergebnisse (ca. 70 Prozent) sowie des Kostenbudgets (ca. 30 Prozent) (Stand: 11.10.2016).

Finanzierung	Gesamt in €	Voraussichtlicher Jahresbetrag						Position Plan-GuV	Position Finanz- /Investitionsplan
		2014	2015	2016	2017	2018	2019		
Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	-	9
Cash Flow aus Investitionstätigkeit	46.412.254	1.693.947	5.118.307	6.600.000	33.000.000	0	0	-	11a
Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit	11.700.000	0	0	0	0	10.200.000	1.500.000	-	11a
- Kredite	11.700.000	0	0	0	0	10.200.000	1.500.000	-	11a
- Investitionszuschüsse	0	0	0	0	0	0	0	-	11a
<b>Gesamtkosten</b>	<b>75.250.000</b>	<b>1.693.947</b>	<b>5.118.307</b>	<b>6.600.000</b>	<b>33.000.000</b>	<b>10.200.000</b>	<b>1.500.000</b>		

Zur Finanzierung der Generalsanierung des IHK-Stammhauses in der Max-Joseph-Straße ist eine Rücklage in Höhe von 66.400 T€ gebildet. Sie ist infolge substanzieller Beitragssenkungen gemäß Finanzstatut-Regularien (Verwendung Gewinnvorträge sowie Auflösung nicht mehr benötigter zweckgebundener Rücklagen) zum 31.12.2016 nicht mehr vollständig durch Liquidität gedeckt. Ab 2018 ist vorgesehen, auf die Erhöhung der zweckgebundenen Finanzierungsrücklage und eine damit einhergehende Beitragserhöhung zu verzichten und statt dessen Fremdmittel zur Finanzierung einzusetzen.

## Personalübersicht

IHK Gesamt	2015 IST (nachrichtlich)		2016 Plan (08.12.2015)		2016 Nachtrag		2016 Plan inkl. Nachtrag	
	besetzte Stellen- kapazität	Gehälter in T€	genehmigte Stellen- kapazität	Gehälter in T€	genehmigte Stellen- kapazität für 2016	Gehälter in T€	genehmigte Stellen- kapazität für 2016	Gehälter in T€
HGF / stv. HGF	3,0	634	3,0	668	0,0	-3	3,0	665
Bereichsleiter	6,0	825	6,0	862	0,0	-31	6,0	831
Abteilungsleiter	5,0	606	5,0	635	1,0	6	6,0	641
Referatsleiter RL 1 - RL 3	44,2	3.948	45,1	4.064	1,0	-91	46,1	3.973
Band G - I	166,3	10.075	171,1	10.246	-1,0	21	170,1	10.267
Band D - F	210,7	9.090	215,7	9.237	5,4	450	221,1	9.687
Band A - C	43,5	1.304	43,3	1.377	0,0	-31	43,3	1.346
Auszubildende	15,0	202	21,0	187	0,0	0	21,0	187
	<b>493,8</b>	<b>26.684</b>	<b>510,2</b>	<b>27.276</b>	<b>6,4</b>	<b>321</b>	<b>516,6</b>	<b>27.597</b>

davon BIHK	2015 IST (nachrichtlich)		2016 Plan (08.12.2015)		2016 Nachtrag		2016 Plan inkl. Nachtrag	
	besetzte Stellen- kapazität	Gehälter in T€	genehmigte Stellen- kapazität	Gehälter in T€	genehmigte Stellen- kapazität für 2016	Gehälter in T€	genehmigte Stellen- kapazität für 2016	Gehälter in T€
Referatsleiter RL 1 - RL 3					1,0	19,0	1,0	19,0
Band G - I	9,0	469,0	10,0	556,0	-0,5	-76,0	9,5	480,0
Band D - F	2,4	94,0	2,9	97,0	-0,5	-20,0	2,4	77,0
	<b>11,4</b>	<b>563,0</b>	<b>12,9</b>	<b>653,0</b>	<b>0,0</b>	<b>-64,1</b>	<b>12,9</b>	<b>576,0</b>

davon Integrations- pakt*	2015 IST (nachrichtlich)		2016 Plan (08.12.2015)		2016 Nachtrag		2016 Plan inkl. Nachtrag	
	besetzte Stellen- kapazität	Gehälter in T€	genehmigte Stellen- kapazität	Gehälter in T€	genehmigte Stellen- kapazität für 2016	Gehälter in T€	genehmigte Stellen- kapazität für 2016	Gehälter in T€
Band D - F					7,0	220,0	7,0	220,0
					<b>7,0</b>	<b>220,0</b>	<b>7,0</b>	<b>220,0</b>

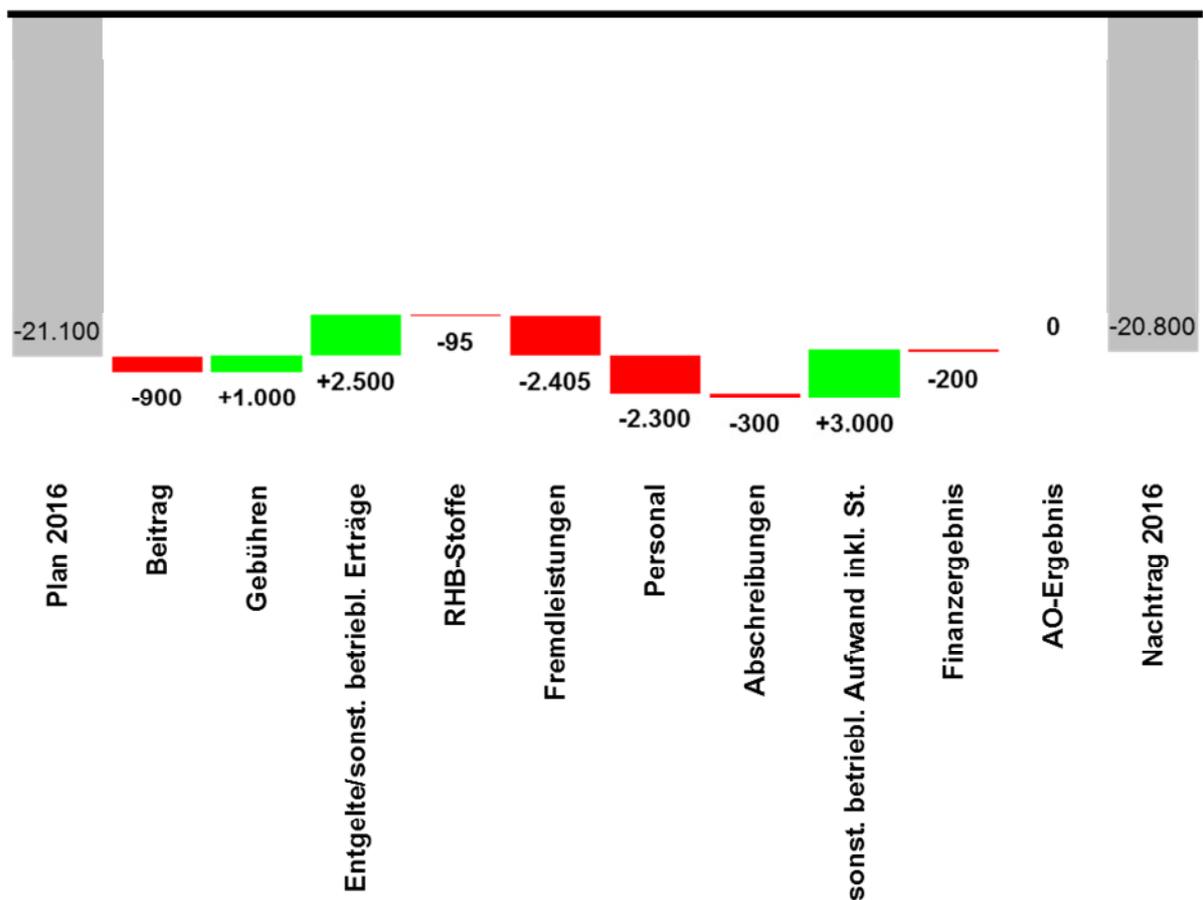
\*Budget in Höhe von 5.000 T€ pauschal für Sach- und Personalkosten in Vollversammlung am 08.12.2015 genehmigt

## Erläuterungen zum Nachtrag zur Plan GuV 2016

Die Hochrechnung für das Jahr 2016 führt im Ergebnis zu einem Jahresfehlbetrag von 20.800 T€. Im Vergleich zur Planung 2016 mit -21.100 T€ verbessert sich das Jahresergebnis um 300 T€.

Die Veränderungen ergeben sich wie folgt:

### Veränderungen Hochrechnung/Nachtrag 2016 gegenüber Planung 2016 in T€ (+ = Ergebnisverbesserung, - = Ergebnisverminderung):



### Position 1: Erträge aus IHK-Beiträgen

Die Grundbeiträge bleiben unverändert. Die Umlage bleibt für 2016 stabil und beträgt 0,050 Prozent bezogen auf den Gewerbeertrag.

Für das laufende Geschäftsjahr werden Erträge aus IHK-Beiträgen in Höhe von 50.700 T€ erwartet. Damit wird der Planwert annähernd erreicht (98,3 Prozent).

### Position 2: Erträge aus Gebühren

Aus den hoheitlichen Aufgaben der IHK ergeben sich **Erträge aus Gebühren** folgender Art:

	Ist 2015	Plan 2016	Nachtrag 2016
Berufsausbildungsgebühren	4.909	4.952	4.952
Fortbildungsgebühren	4.516	2.976	4.576
Sonstige Gebühren	1.485	3.072	2.472
<b>Gebühren</b>	<b>10.910</b>	<b>11.000</b>	<b>12.000</b>

#### Berufsausbildung:

Die Situation am Ausbildungsmarkt im IHK-Bezirk ist für 2016 weiterhin positiv, die Zahl der potenziellen Bewerber um eine Ausbildung bleibt auf hohem Niveau stabil.

#### Fortbildung:

Die Nachfrage nach Fortbildungs-, Sach- und Fachkundeprüfungen (Güterverkehr, Einzelhandel mit freiverkäuflichen Arzneimitteln, Bewachungsgewerbe, Versicherungs- und Finanzanlagenvermittler) sowie Unterrichtsverfahren hält unvermindert an. Die positive Abweichung resultiert im Wesentlichen aus der Umgliederung der Sach- und Fachkundeprüfungen aus dem Bereich der Sonstigen Gebühren in den Bereich Weiterbildung, wodurch die Gebühren für Sach- und Fachkundeprüfungen zunächst bei den „Sonstigen Gebühren“ mit 1.700 T€ geplant waren und nun im Nachtrag den „Fortbildungsprüfungen zugeschlagen werden. Hintergrund hierfür ist eine interne Umstrukturierung.

#### Erträge aus Sonstigen Gebühren:

In diesem Bereich werden Ursprungszeugnisse und Bescheinigungen im internationalen Warenverkehr, Sachverständigenbestellung sowie Registrierung und Zulassung von Versicherungs- und Finanzanlagevermittlern zusammengefasst. Unter Berücksichtigung der Umgliederung der Sach- und Fachkundeprüfungen in den Bereich Fortbildungsprüfungen ergeben sich dennoch merkliche Zuwächse, die aus einer neuen IHK-Aufgabe, nämlich der Registrierung von Immobiliendarlehensvermittlern, resultieren und mit 1.100 T€ zu Buche schlagen.

**Position 3: Erträge aus Entgelten**

	Ist 2015	Plan 2016	Nachtrag 2016
Verkaufserlöse	352	367	367
Seminare und Veranstaltungen	4.233	4.198	4.198
Sonstige Entgelte	665	435	435
<b>Entgelte</b>	<b>5.250</b>	<b>5.000</b>	<b>5.000</b>

Die Umsätze aus Verkaufserlösen, Entgelten aus Seminaren und Veranstaltungen sowie Sonstigen Entgelten bleiben gegenüber der ursprünglichen Planung unverändert.

**Position 6: Sonstige betriebliche Erträge**

	Ist 2015	Plan 2016	Nachtrag 2016
Nebenerlöse	2.155	3.010	2.564
Erträge aus öffentlichen Zuwendungen	877	252	1.252
Erträge aus Erstattungen	3.197	2.733	2.733
Werterhöhungen des Anlage-/Umlaufvermögens	481	0	0
Abgang von Vermögensgegenständen	0	0	0
Auflösung von Sonderposten für Investitionszuschüsse	436	432	432
Auflösung von Rückstellungen	296	36	536
Periodenfremde Erträge	248	16	420
Sonstige Erlöse	101	22	1.063
<b>Sonstige betriebliche Erträge</b>	<b>7.791</b>	<b>6.500</b>	<b>9.000</b>

Die Sonstigen betrieblichen Erträge werden die Planung voraussichtlich um 2.500 T€ übertreffen und einen Wert von 9.000 T€ erreichen. Wesentliche Veränderungen ergeben sich bei:

**Erträge aus öffentlichen Zuwendungen:**

Die öffentlichen Zuwendungen, u. a. für das Vorgründungscoaching der bayerischen IHKs von Existenzgründern und die „expert.Akademie“ sowie die Förderung des „Integrationspaktes für Flüchtlinge“, werden hier vereinnahmt. Der Integrationspakt wurde erst Ende 2015 geschlossen und entsprechende Erträge (i. H. v. ca. 490 T€) konnten daher für 2016 nicht geplant werden. Darüber hinaus schlagen Erträge für weitere öffentliche Zuwendungen (z. B. ZIM-Projekt „VIN“, sequa Georgien) mit ca. 400 T€ zu Buche, die für 2016 nicht geplant werden konnten.

**Auflösung von Rückstellungen:**

Im Rahmen des Jahresabschlusses 2016 zeichnen sich bei Pensions- und Beihilferückstellungen Auflösungsbedarfe ab, die aus der gesetzlichen Änderung zur Feststellung des Rechnungszinses gemäß § 253 HGB resultieren. Nach neuer Rechtslage wird für die Ermittlung des Rechnungszinses zur Bewertung der Pensions- und Beihilfeverpflichtungen statt des 7-Jahres-Durchschnittszinses nunmehr ein 10-Jahres-Durchschnittszins herangezogen. Hierdurch fallen die Zuführungen zu den Rückstellungen in den kommenden Jahren geringer aus. Für 2016 ergibt sich daraus eine einmalige Entlastung in Höhe von 500 T€.

**Periodenfremde Erträge:**

Die Erträge resultieren überwiegend aus der Teilerstattung des Mitgliedsbeitrags für den BIHK e.V. für nicht verausgabte Projektmittel.

**Sonstige Erlöse:**

Unter diese Position werden u.a. Schadenersatzzahlungen aus Versicherungen vereinnahmt. Für 2016 leistet die Gebäudeversicherung Zahlungen zur Abwicklung des Brandschadens in der Orleansstraße. Als Abschlagszahlung gingen bisher 350 T€ ein, insgesamt wird ein Schadenersatz von rd. 1 Mio. € erwartet.

**Position 7: Materialaufwand**

	Ist 2015	Plan 2016	Nachtrag 2016
- Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	2.480	2.369	2.464
- Aufwendungen für bezogene Leistungen	12.215	11.131	13.536
davon:			
- Prüferentschädigung	4.067	3.966	4.303
- Honorare	2.569	2.424	2.656
- Catering	1.043	840	1.060
- Druckleistungen	320	246	303
- Miete	1.261	1.249	1.526
- Sonstige Einsatzkosten	2.956	2.406	3.598
<b>Materialaufwand</b>	<b>14.695</b>	<b>13.500</b>	<b>16.000</b>

Der ursprüngliche Planansatz für Materialaufwand von 13.500 T€ wird sich im Nachtrag voraussichtlich um 2.500 T€ auf 16.000 T€ erhöhen. Während die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe nur unwesentlich ansteigen (95 T€), ist bei Aufwendungen für bezogene Leistungen mit einem Zuwachs von 2.405 T€ zu rechnen. Die Mehraufwendungen sind zum einen auf das erweiterte Angebot an Sach- und Fachkundeprüfungen (z. B. Immobiliendarlehensvermittler) zurückzuführen, was zu zusätzlichen Aufwendungen für Prüferentschädigungen,

Honoraren, Druckleistungen und Sonstigen Einsatzkosten führt. Diesen Mehraufwendungen stehen höhere Erträge aus Sonstigen Gebühren gegenüber. Zum anderen werden durch die Neustrukturierung der Öffentlichkeitsarbeit und des Marketings derartige Aufwendungen (Aufwendungen für Werbematerial bei Ausstellungen und Messen sowie Anzeigen in den verschiedenen Medien) von rund 1 Mio. € seit Mitte 2016 konsequent den IHK-Produkten zugeordnet und sind Teil der Leistungserstellung. Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (Position 10) führt dies zu einer entsprechenden Reduktion der Aufwendungen für Dienstleistungen.

### Position 8: Personalaufwand

	Ist 2015	Plan 2016	Nachtrag 2016
- Gehälter inkl. Aushilfen und Sachbezüge	29.150	28.811	28.593
davon:			
- Gehälter	26.684	27.276	27.597
- Ausbildungsvergütung	201	195	195
- Sozialabgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	9.476	9.189	11.707
<b>Personalaufwand</b>	<b>38.626</b>	<b>38.000</b>	<b>40.300</b>

Der Personalaufwand im Nachtrag 2016 übersteigt den Planansatz um 2.300 T€.

Die Aufwendungen für Löhne und Gehälter inkl. Aushilfen und Sachbezüge liegen um 218 T€ unter dem Planansatz. Die Gehälter übersteigen den Planwert um 321 T€, was ausschließlich auf die Berücksichtigung der im Jahresverlauf gebildeten 6,4 VZÄ-Stellen im Rahmen des Integrationspakts Bayern zurückzuführen ist. Am 08.12.2015 hatte die Vollversammlung für die Integration von Flüchtlingen ein pauschales Budget in Höhe von 5.000 T€ für Sach- und Personalkosten genehmigt. Zu diesem Zeitpunkt war eine dezidierte Planung der projektbezogenen Personal- und Sachkosten noch nicht möglich.

Die Sozialabgaben und Altersversorgungsaufwendungen übersteigen den Planansatz um 141 T€ bzw. 677 T€.

Die gutachterlich unterlegten Zuführungen zur Pensions- und Beihilferückstellung betragen 1.700 T€. Die Zuführungen sind auf die Veränderung des Bewertungsmaßstabs bei Pensions- und Beihilfeverpflichtungen (Anwendung modifizierter Sterbetafeln mit höherer Lebenserwartung) und den Verfall der Renditen (Zinsschmelze) zurückzuführen. Den Zuführungen stehen Auflösungen von 500 T€ durch die Umstellung auf einen 10-Jahresdurchschnittszins (bisher 7-Jahresdurchschnittszins) bei Pensionsrückstellungen ertragsseitig gegenüber.

Die für die Erfüllung der Aufgaben des Bayerischen Industrie- und Handelskammertages (BIHK e.V.) vorgehaltenen Kapazitäten von 12,9 VZÄ werden anteilig (ca. 51 Prozent) dem BIHK in Rechnung gestellt.

### Position 9: Abschreibungen

	Ist 2015	Plan 2016	Nachtrag 2016
Immaterielle Vermögensgegenstände	217	394	337
Gebäude und Gebäudeeinrichtungen	267	326	307
Außenanlagen	41	0	0
Betriebs- und Geschäftsausstattung	993	1.197	1.303
geringwertige Wirtschaftsgüter	65	583	853
<b>Abschreibungen</b>	<b>1.582</b>	<b>2.500</b>	<b>2.800</b>

Die Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und technische Anlagen sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung übersteigen den Planansatz deutlich und führen zu entsprechend höherem Abschreibungsaufwand. Ursächlich hierfür sind insbesondere die Erstausrüstung für Büro- und Seminarausrüstung am Standort Ingolstadt und Beschaffungen für IT-Material.

### Position 10: Sonstige betriebliche Aufwendungen

	Ist 2015	Plan 2016	Nachtrag 2016
- Sonstige Personalaufwendungen	1.386	1.437	1.437
- Dienstleistungen	11.158	15.371	14.432
- Kommunikation und laufender Betrieb	5.746	5.511	5.505
- Mitgliedschaften und sonstige Aufwendungen	13.625	18.181	16.126
<b>Sonstige betriebliche Aufwendungen</b>	<b>31.915</b>	<b>40.500</b>	<b>37.500</b>

Die Sonstigen betrieblichen Aufwendungen verringern sich im Nachtrag 2016 gegenüber der ursprünglichen Planung um 3.000 T€ auf 37.500 T€.

In den Bereichen Sonstigen Personalaufwendungen sowie Kommunikation und laufender Betrieb bewegen sich die Aufwendungen auf Planniveau. In allen anderen Bereichen fallen die Aufwendungen geringer aus als geplant.

Bei den **Dienstleistungen** werden die Budgets für IT-Leistungen, Support und Wartung sowie Rechts- und Beratungskosten voraussichtlich um 939 T€ unterschritten. Ebenso bleiben die sonstigen Aufwendungen, vor allem für pauschal geplante Projekte, hinter den Planungen zurück. Dies betrifft insbesondere das Projekt „Integration von Flüchtlingen in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt“, weil es zu Verzögerungen bei der Genehmigung des bayerischen Förderprojekts kann.

### Positionen 11 bis 15: Finanzergebnis

	Ist 2015	Plan 2016	Nachtrag 2016
- Erträge aus Beteiligungen			
- Erträge aus Wertpapieren und Ausleihungen des Anlagevermögens	0	360	360
- Zinsen und ähnliche Erträge	127	48	48
- Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	60	60
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.232	948	1.148
<b>Finanzergebnis</b>	<b>-1.104</b>	<b>-600</b>	<b>-800</b>

Die **Erträge aus Wertpapieren und Ausleihungen des Anlagevermögens** sowie die Zinsen werden planmäßig anfallen. Die Aufwendungen betreffen hauptsächlich die Aufzinsung der Pensionsrückstellungen. Die Mehraufwendungen sind vor allem der Veränderung des Bewertungsmaßstabs bei Pensions- und Beihilfeverpflichtungen (Anwendung modifizierter Sterbetafeln mit höherer Lebenserwartung) geschuldet.

### Position 22: Entnahmen aus den Rücklagen

Die Entnahmen aus den Instandhaltungsrücklagen erfolgen bis zur Höhe der für die jeweilige Maßnahme nachgewiesenen Aufwendungen. Für die Liegenschaft Orleansstraße werden im Geschäftsjahr 2016 voraussichtlich 3.200 T€ für Instandhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen aufgewendet, die in gleicher Höhe der zweckgebundenen Rücklage entnommen werden. Für die Liegenschaft Westerham werden 187 T€ für Instandhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen aufgewendet. Für die geplante Sanierung der Flachdächer und die Modernisierung des Restaurantbereichs in Westerham können noch keine Kostenschätzungen von Externen vorgelegt werden, weshalb die Instandhaltungsrücklage zunächst aufgelöst wird. Insgesamt ergibt sich gegenüber der Planung von 777 T€ eine Mehrung um 6.078 T€ auf 6.855 T€.

### **Position 23: Einstellungen in Rücklagen**

Als Konsequenz der aktuellen Rechtsprechung zur Rücklagenbildung der IHKs werden Instandhaltungsrücklagen ab 2016 nur noch in dem Umfang gebildet, in dem Maßnahmen durch Kostenschätzungen externer Sachverständiger bzw. Architekten unterlegt sind. Für den Standort Orleansstraße sind für 2017 verschiedene Maßnahmen geplant, die eine Zuführung zur Instandhaltungsrücklage in Höhe von 1.581 T€ erforderlich machen. Einzelheiten hierzu können der Anlage 9 Rücklagen entnommen werden. Insgesamt ergibt sich gegenüber der Planung von 3.577 T€ eine Minderung um 1.996 T€ auf 1.581 T€.

### **Erläuterungen zur Finanzrechnung**

Die Positionen 4. – 8. sowie 20. – 22. unterliegen nicht der Wirtschaftsplanung und werden nur in der Finanzrechnung dargestellt.

### **Position 9: Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit**

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit beinhaltet das um die Veränderung der Rückstellungen, der Abschreibungen und Zuschreibungen zum Anlagevermögen, der sonstigen Aktiva und Passiva sowie der Zuführungen oder Auflösungen an aktiven und passiven Rechnungsabgrenzungsposten bereinigte Jahresergebnis.

Für 2016 wird ein negativer Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von – 16.368 T€ erwartet, der 1.800 T€ über dem Planwert liegt. Dieser resultiert hauptsächlich aus Rückstellungsveränderungen.

### **Position 16: Cashflow aus Investitionstätigkeit**

Der Cashflow aus Investitionstätigkeit zeigt die Einnahmen und Ausgaben für Investitionen im Bereich der Gegenstände des immateriellen Anlagevermögens sowie des Sachanlage- und des Finanzanlagevermögens auf. Die ursprünglich geplanten Investitionen in das Sachanlagevermögen (Position 11) und in immaterielle Vermögensgegenstände (Position 13) verringern sich für 2016 deutlich von 17.810 T€ um 9.657 T€ auf insgesamt 8.153 T€. Die wesentliche Veränderung betrifft die Sanierung des Stammhauses in der Max-Joseph-Straße mit einem Wert von -9.400 T€. Die Anpassungen im Einzelnen sind in der Anlage 6 „Investitionsplanung zur Anlage zum Finanzplan“ sowie in Anlage 6a Kosten- und Finanzierungsübersicht für das Projekt Generalsanierung des Stammhauses Max-Joseph-Straße dargestellt.

**Position 20: Finanzmittel am Ende der Periode**

Der Finanzmittelbestand zum 31.12.2016 wird sich voraussichtlich um 24.491 T€ auf 59.297 T€ verringern. Er liegt wegen der geringeren Investitionen in die Generalsanierung des Stammhauses um 11.457 T€ über dem Planwert.

## Rücklagen

Der Stand der **Rücklagen** wird folgende Werte bzw. Relationen erreichen:

Stand: 31.12.	2014 IST	2015 IST	2016 Nachtrag
<b>Ausgleichsrücklage</b>	<b>32.582</b>	<b>32.582</b>	<b>32.582</b>
in % des geplanten Betriebsaufwands	36,5%	34,1%	33,3%
<b>Finanzierungsrücklagen</b>			
- Max-Joseph-Str.	66.430	66.430	66.430
- neues Bildungszentrum	11.320	11.320	11.320
- neue Geschäftsstellen (IN, RO)	23.982	8.682	8.682
<b>Instandhaltungsrücklagen</b>			
- Orleansstr.	4.763	3.451	1.832
- Westerham	3.672	3.655	0
- Geschäftsstelle Weilheim	1.381	0	0
<b>Rücklage</b>			
- Regionalisierung bis 2015	2.245	0	0
<b>Gesamt</b>	<b>146.375</b>	<b>126.120</b>	<b>120.846</b>

Die **Ausgleichsrücklage** ist zum Ausgleich aller ergebniswirksamen Schwankungen vorgesehen. Sie ist laut § 15a Nr. 2 Satz 2 Finanzstatut zu bilden und kann in ihrer Höhe bis zu 50 Prozent der geplanten Aufwendungen betragen und soll 30 Prozent nicht unterschreiten.

Bei der Bemessung der Rücklage ist das Gebot der Haushaltswahrheit einzuhalten. Dies beinhaltet die Pflicht zur Schätzgenauigkeit (sachgerechte und vertretbare Prognose) und fordert eine Risikoprognose für den Ansatz der Ausgleichsrücklage.

Das Risikomanagement der IHK erfasst in einem Risikokatalog systematisch eine Vielzahl von Einzelrisiken, die in Risikogruppen zusammengefasst werden. Zu jedem Einzelrisiko werden Risikobereich, Risikofeld, Risikobeschreibung, Berechnungsannahmen sowie wertmäßige Schadensbewertung und Eintrittswahrscheinlichkeit definiert. Zur Bestimmung des Risikoausmaßes wird neben der Addition der absoluten Schadenssummen eine gewichtete Schadenssumme unter Berücksichtigung der Eintrittswahrscheinlichkeit ermittelt. Abschließend wird über ein statistisches Rechenverfahren (Konfidenzintervall auf einem Niveau von 95 Prozent bei unendlicher Wiederholung eines Zufallsexperiments) ein Simulationsergebnis ermittelt, das die wahrscheinlichste maximale Schadenshöhe zur Bestimmung der Ausgleichsrücklage repräsentiert.

Im Ergebnis wird für das laufende Geschäftsjahr 2016 eine Risikoprognose für die Ausgleichsrücklage in Höhe von T€ 43.244 ermittelt. Gegenüber dem erwarteten Stand zum 31.12.2016 von T€ 32.582 ergibt sich ein Abdeckungsgrad von 75,3 Prozent.

Die Grundlagen zur Ermittlung der Risikoprognose für den Nachtrag zum Wirtschaftsplan 2016 sind in der Anlage 11 dargestellt.

Stand: 31.12.	2014 IST	2015 IST	2016 Nachtrag
<b>Ausgleichsrücklage</b>	<b>32.582</b>	<b>32.582</b>	<b>32.582</b>
in % des geplanten Betriebsaufwands	36,5%	34,1%	33,3%
Zuführung lfd. Jahr	0	0	0
Entnahmen lfd. Jahr	0	0	0
Summe	0	0	0

Die Bildung zweckgebundener Rücklagen ist gemäß § 15a Nr. 2 Satz 4 Finanzstatut zulässig. Sie sind in der Bilanz unter der Position „**Andere Rücklagen**“ auszuweisen.

Die IHK München unterhält zweckgebundene Rücklagen zur Finanzierung von Bau- und Sanierungsvorhaben (Finanzierungsrücklagen) und Instandhaltungsrücklagen für ihre Liegenschaften. Hierbei ist jede Einzelmaßnahme durch eine Kosteneinschätzung bzw. Kostenermittlung eines sachverständigen Dritten (z. B. Planer oder Sachverständiger) qualitativ und quantitativ nach Inhalt, Zeitdauer und

Wert bestimmt. Lässt sich der Zweck nicht verwirklichen oder entfällt dieser, werden die darauf entfallenden Teile der Rücklage ganz oder teilweise aufgelöst.

### Finanzierungsrücklagen

Diese zweckgebundenen Rücklagen wurden für die Finanzierung der Generalsanierung des IHK-Stammhauses Max-Joseph-Straße, die Finanzierung des Grundstückserwerbs für ein neues Bildungszentrum in München und für die Grundstückserwerbe und den Bau neuer Geschäftsstellen in Ingolstadt und Rosenheim gebildet.

Sie werden zum Bilanzstichtag 31.12.2016 mit folgenden Werten dotiert sein:

- |  |           |
|--|-----------|
| • Max-Joseph-Straße  | 66.430 T€ |
| • Neues Bildungszentrum München  | 11.320 T€ |
| • Neue Geschäftsstellen Ingolstadt und Rosenheim<br>(verbleibender Teilbetrag Rosenheim) | 8.682 T€  |

**Max-Joseph-Straße:** Die Vollversammlung hat sich mit Beschluss vom 15.07.2015 auf Basis der geprüften Kostenberechnung des Generalplaners Anderhalten Architekten in Höhe von rund 75 Mio. € für die Fortsetzung der Generalsanierung ausgesprochen. Ende April 2016 wurden die Rohbauarbeiten gestartet. Nach Fertigstellung der Generalsanierung in 2018 werden ab 2019 der Rücklage jährliche Abschreibungswerte in Höhe von geplant 6.750 T€ entnommen (9 Prozent p.a. als erhöhte Abschreibung eines eigengenutzten Denkmals).

**Bildungszentrum München:** Die Vollversammlung hat mit Beschluss vom 01.07.2014 die Hauptgeschäftsführung beauftragt, Verhandlungen zur langfristigen Anmietung von Büro- und Seminarflächen mit dem künftigen Erwerber des Grundstücks Rosenheimer Straße 110 – 112 (ehem. Holzkontor Grombach) in der Größenordnung von bis zu 10.000 qm zu führen. Am 08.12.2015 bevollmächtigte die Vollversammlung Präsident und Hauptgeschäftsführer zum Abschluss eines Mietvertrages. Beschlussgemäß wird die vorhandene Finanzierungsrücklage Bau eines neuen Bildungszentrums in München bei Erfüllung der Bedingungen „Abschluss eines Mietvertrags“ (unterzeichnet am 11.12.2015, jedoch noch unter auflösender Bedingung einer Baugenehmigung, die bis dato nicht vorliegt) und Baustatus „Gebäude dicht“ für das Mietobjekt aufgelöst. Letzteres wird seitens des Projektentwicklers für 2018 erwartet. Die Auflösung wird deshalb in der Mittelfristplanung für 2018 berücksichtigt.

**Neue Geschäftsstellen in Ingolstadt und Rosenheim:** Die Finanzierungsrücklage Bau neuer Geschäftsstellen in Ingolstadt und Rosenheim wurde in 2015 in Höhe des Teilbetrags für Ingolstadt in Höhe von 15.300 T€ bereits aufgelöst. Die Vollversammlung hatte am 15.07.2015 den Beschluss über eine Mietlösung in Ingolstadt gefasst, nachdem ein zuvor verfolgter Grundstücksankauf und Neubau wegen einer betriebsinternen Entscheidung des privaten Grundstücksanbieters nicht zustande kam. Im Hinblick auf die neue Geschäftsstelle in Rosenheim wird gemäß Beschluss der Vollversammlung vom 18.03.2015 sowohl ein Grundstücksankauf und

## Anlage 9

Neubau als auch eine alternative Mietlösung eruiert. Sollte sich die Mietlösung realisieren lassen, wird die verbleibende Rücklage in Höhe von 8.682 T€ bei Erfüllung der Bedingungen „Abschluss eines Mietvertrags“ und Baustatus „Gebäude dicht“ aufgelöst. Letzteres wird seitens des Projektentwicklers für 2018 erwartet. Die Auflösung wird deshalb in der Mittelfristplanung für 2018 berücksichtigt.

### Instandhaltungsrücklagen

Sie bestehen aus zweckgebundenen Rücklagen für Instandhaltungsmaßnahmen. Unter Berücksichtigung der geplanten Entnahmen werden sie zum Bilanzstichtag 31.12.2016 mit folgenden Werten dotiert sein:

- Orleansstraße 1.832 T€
- Westerham 0 T€

Der Instandhaltungsrücklage für den Standort Orleansstraße wird in 2016 für die folgenden Maßnahmen in 2017 1.832 T€ zugeführt.

Standort	Maßnahme	Zeitpunkt	Ausgaben		erstellt durch	Bemerkung/Anlagen
			Aufwand	Invest		
OST	passive Netzwerkinfrastruktur	2017	866.063,85	-	Müller-BBM	Grobkostenschätzung 27.06.2016
OST	Schließanlage	2017	465.182,90	-	Geisler-Tannhof	Kostenübersicht 14.03.2016
OST	Dachsanierung	2017	501.287,50	-	Planungsgruppe Prachmann	Kostenauflistung 18.10.2016
			1.832.534,25	-		

## Grundlagen zur Risikoprognose der Ausgleichsrücklage

Rechtsgrundlagen: § 15a Abs. 2 Finanzstatut; Urteil des BVerwG vom 09.12.2015.

Grundlage der Ermittlung der notwendigen Risikoprognose der IHK ist ein in der bundesweiten IHK-Organisation abgestimmter Katalog möglicher, für die IHKs relevanter Risiken. In diesen Katalog haben 28 Risiken Eingang gefunden, die nicht bereits durch den Wirtschaftsplan, Rückstellungen, Versicherungen oder andere zweckgebundene Rücklagen abgedeckt sind. Es handelt sich somit um eine Art Risikoresidualgröße, für die bilanziell keine Vorsorge getroffen ist und die durch die Ausgleichsrücklage abzudecken ist.

Für jedes Risiko ist eine spezifische Risikobeschreibung, die notwendigen Berechnungsgrundlagen, eine Einschätzung über die Höhe eines möglichen Schadensausmaßes (in der Ausprägung „minimal“, „wahrscheinlich“, „maximal“) und eine Eintrittswahrscheinlichkeit (vorgegebene Wahrscheinlichkeitskorridore) anzugeben. Weiterhin wird festgelegt, inwieweit zwischen den einzelnen Risiken Abhängigkeiten bestehen, also ob und inwieweit der Eintritt eines Risikos die Eintrittswahrscheinlichkeit eines anderen Risikos verändert.

Auf Basis einer für die bundesweite IHK-Organisation durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers AG (PwC) entwickelten und zertifizierten Software, wird die Schadenshöhe der auf die IHK wirkenden Risiken ermittelt. Hierbei werden drei unterschiedliche Ergebnisse berechnet: a) eine ungewichtete Schadenssumme, b) eine gewichtete Schadenssumme sowie c) die Ermittlung anhand einer Szenarioanalyse mit Konfidenzintervall.

- a) Ungewichtete Schadenssumme: Für jedes Einzelrisiko wird zunächst der minimale, der erwartete (wahrscheinliche) und der maximale Schaden ermittelt. Das Gesamtrisiko besteht dann in der Schadenssumme, die sich aus reiner Addition der Schäden der einzelnen Risiken (jeweils für „minimal“, „wahrscheinlich“, „maximal“) ergibt. Bei dieser Methode bleibt unberücksichtigt, dass der gleichzeitige Eintritt aller Risiken mit dem jeweiligen Schadenswert unwahrscheinlich und die ermittelte Schadenssumme deshalb ggf. zu hoch bemessen sein dürfte.
- b) Gewichtete Schadenssumme: Bei dieser Methode wird jedem Einzelrisiko eine eigene Eintrittswahrscheinlichkeit zugeordnet. Der Schaden jedes Einzelrisikos wird mit der jeweiligen Eintrittswahrscheinlichkeit gewichtet. Die gewichtete Schadenssumme ergibt sich dann aus der Addition der gewichteten Schadenswerte. Diese Methode hat den Nachteil, dass das

## Anlage 10

einzelne Risiko nur mit dem gewichteten Schaden abgesichert ist, im Falle des tatsächlichen Schadenseintritts der Schaden sich aber in vollem Ausmaß auswirkt. In der Regel ist die ermittelte Schadenssumme methodisch zu niedrig bemessen. Auch diese Methode berücksichtigt nicht, dass der gleichzeitige Eintritt der Schäden nicht realistisch sein dürfte.

- c) Ermittlung anhand einer Szenarioanalyse mit Konfidenzintervall: Die Ermittlung eines Konfidenzintervalls ist ein übliches statistisches Verfahren, bei dem die Abhängigkeit der Risiken untereinander und die geringe Wahrscheinlichkeit des gleichzeitigen Eintritts aller Risiken berücksichtigt wird. Das Konfidenzintervall wird über mathematische Modelle und eine Vielzahl von Stichproben ermittelt. Es besagt, dass bei unendlicher Wiederholung eines Zufallsexperiments (stochastische Szenarioanalyse) das Intervall den gesuchten Wert (Schadensausmaß) mit einer bestimmten Häufigkeit umfasst. Als Konfidenzintervall werden üblicherweise 90 Prozent, 95 Prozent, 99 Prozent oder 99,99 Prozent gewählt. Versicherungen arbeiten im Bereich der Schadensregulierung üblicherweise mit einem Konfidenzintervall von 95 Prozent. Dieses Intervall wird auch für die Risikoabsicherung der IHKs empfohlen. Im Normalfall liegt das Konfidenzintervall unterhalb der ungewichteten und über der gewichteten Schadenssummen (Methode a und Methode b).

Die IT-technische Lösung zur Unterstützung der Risikoprognose (Methode c) wurde durch PwC am 4. August 2016 zertifiziert. Die inhaltlichen Annahmen werden durch die Rechnungsprüfungsstelle für die deutschen Industrie- und Handelskammern jährlich plausibilisiert.

Die durchgeführte Risikoaggregation mit Methode c führt zu folgendem Ergebnis:

Bei 10.000 simulierten Stichproben errechnet das Tool eine Schadenssumme von 43.244.029 €, die in 95 Prozent aller Stichproben nicht überschritten wird.

Diese Schadenssumme liegt relativ nahe am Wert der ungewichteten Schadenssumme (43.950.007 €), weil bei der IHK München derzeit keine unmittelbaren Abhängigkeiten feststellbar sind.

## Anlage 10

## Risikokatalog

Risikokatalog IHK München			Berchnungsgrundlage	Bemerkung
<b>A</b>	<b>Umlagen und Beiträge</b>			
A.1	Konjunktur			Die Risikofelder A.1 bis A.5 werdn in A.6 zusammengefasst.
A.2	Ausfall großer Beitragszahler			
A.3	Endgültige Beitragsbescheide			
A.4	Zu hohe laufende Veranlagungen			
A.5	Wegen Unzustellbarkeit stornierte Bescheide			
A.6	Sonstige	Planungsrisiken Beitrag (=Zusammenfassung A.1 bis A.5)	Vergleich Sollveranlagung und Endabrechnung über fünf Jahre	
<b>B</b>	<b>Gebühren</b>			
B.1	Planung Gebühren		Plan-/Ist-Vergleich fünf Jahresvergleich	
B.2	Sonstige			Risiko nicht vorhanden
<b>C</b>	<b>Entgelte</b>			
C.1	Rückgang Erlöse aus Veranstaltungen, Lehrgängen, Seminaren		Plan-/Ist-Vergleich fünf Jahresvergleich	
C.2	Sonstige			Risiko nicht vorhanden
<b>D</b>	<b>Erträge aus Vermietung und Verpachtung</b>			
D.1	Erträge aus Vermietung und Verpachtung			Risiko nicht vorhanden
D.2	Sonstige			Risiko nicht vorhanden
<b>E</b>	<b>Steuern</b>			
E.1	Leistungsbeziehungen mit Tochterunternehmen vGA		Das Risiko bemisst sich nach den tatsächlichen Ergebnissen der letzten Steuerprüfung für die Jahre 2006 bis 2009 in 2013	
E.2	BgA Nachbesteuerung			
E.3	BgA Dauerverluste			
E.4	Kammerzeitschriften			
E.5	Steuerpflicht bei Zuwendungen			
E.6	Unerkannte Betriebsaufspaltung			
E.7	Umsatzsteuer bei Sponsoring			
E.8	Beistandsleistungen			
E.9	Sonstige			
<b>F</b>	<b>Altersversorgung</b>			
F.1	Rückgriff bei Auslagerung			Die Pensionsverpflichtung sind nicht ausgelagert. Daher ist das Risiko nicht vorhanden.
F.2	Entwicklung des Erfüllungsbetrages über Bilanzstichtag			Die Veränderungen werden jeweils im Wirtschaftsplan berücksichtigt. Deshalb wird das Risiko hier nicht berücksichtigt.
F.3	Sonstige			Risiko nicht vorhanden
<b>G</b>	<b>Anlagen - Rendite</b>			
G.1	Renditerisiko			Ein nennenswertes Risiko besteht wegen der restriktiven Anlagerichtlinie nicht.
G.2	Sonstige			Risiko nicht vorhanden
<b>H</b>	<b>Beteiligungen und Mitgliedschaften</b>			
H.1	Beteiligungen und Mitgliedschaften		Verpflichtungen aus Satzungen werden mit den aktuellen Werten (Jahresabschlüsse) bewertet.	Nachschusspflichten werden grundsätzlich vertraglich ausgeschlossen.
H.2	Sonstige			Risiko nicht vorhanden
<b>I</b>	<b>IT</b>			
I.1	Technische Störungen			
I.2	Datenschutz und Rechtsrisiken		Art. 37 BayDSG	
I.3	Sonstige			Risiko nicht vorhanden
<b>K</b>	<b>Haftungs- und Rechtsfragen</b>			
K.1	Zuwendungen - Rückforderungen		Das Risiko bemisst sich nach den tatsächlichen Ergebnissen der Projektprüfungen	
K.2	Beschaffungsvorgänge - Fehlerhafte Vergabe		durchschnittliches Vergabevolumen	
K.3	Geheimhaltungsverstoß bei Prüfungen		Aufwand für Prüfungswiederholung	
K.4	IHK Wahl - Wiederholung		Gesamtkosten der letzten Wahl	
K.5	Nicht durch Versicherung abgedeckte Haftungsschäden			Risiko nicht vorhanden
K.6	Sonstige			Risiko nicht vorhanden
<b>L</b>	<b>Sachanlagen</b>			
L.1	Verlust- oder Schadensrisiken			Risiko nicht vorhanden
L.2	Vertrags- und Leistungsrisiken			Risiko nicht vorhanden
L.3	Sonstige			Risiko nicht vorhanden
<b>M</b>	<b>Sonstiges</b>			
M.1	Sonstige	Beitragsrückzahlungsrisiken durch Rechtsprechung	Ergebnisvortrag aus 2011	Das Verfahren ist beim Bayerischen Verwaltungsgerichtshof anhängig
M.2	Sonstige	Rechtsrisiken - Verfahrenskosten bei Klagen		Risiko nicht vorhanden, Es wird jeweils im Wirtschaftsplan berücksichtigt.
<b>N</b>	<b>Sonstiges II</b>			
N.1	Sonstige II	Rechtsrisiken - Verfassungsbeschwerde Hinzurech. GewStG 2009		Das Risiko besteht seit 2016 durch die Entscheidung des BVG nicht mehr.
N.2	Sonstige II			Risiko nicht vorhanden

